

„Integrationsprobleme ernst nehmen!“

Rede von Michael Solf MdL vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen
gehalten am 17. September 2010

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

Die Schwierigkeiten mit der Integration sind – hier irrt der Spiegel – zunächst kein Staatsversagen. So einfach ist die Sache nicht. Hier zwei Beispiele:

Ein lokales Beispiel stammt aus Mönchengladbach. Dort gibt es seit Jahren eine kleine, durch die salafistische Form des Islam geprägte Gemeinde, in der an herausgehobener Stelle auch deutsche Konvertiten wirken. Diese Gruppe droht jetzt Zuwachs zu bekommen; und zwar von einer wohl zu Recht übelbeleumdeten ähnlichen Gruppierung aus Braunschweig. So weit, so schlecht. Nun kann man vor Ort beobachten, wie leicht es ist, Schaden anzurichten. Dabei ist Mönchengladbach eine Stadt mit beispielhaften Integrationsbemühungen. Dennoch gerät durch den Zuzug einer kleinen Gruppe von Radikalen scheinbar alles in Schieflage: Die größte Regionalzeitung lässt keine Gelegenheit aus, die Sorgen der Anwohner zu schüren. Gleichzeitig predigt sie aber in ihren Leitartikeln, doch „die Kirche im Dorf zu lassen“. Die Nachbarn und Anwohner beginnen zu demonstrieren. Sie tun das überwiegend verantwortungsvoll, aber die Grenze zur Hysterie ist bei einigen nahe. Unter den Muslimen wiederum ist mancher, der mit der salafistischen Einrichtung überhaupt nichts zu tun haben will, der aber nun Sorge hat, dass sich die Demonstrationen gegen den Islam an sich richten. Verunsicherung und Misstrauen greifen um sich. So leicht können Risse in dem fein gewebten Gespinnst der Integration entstehen.

Das zweite Beispiel, das bundesweite, ist natürlich die „Causa Sarrazin“. Dabei ist vieles, was Sarrazin aufschreibt, richtig. Seine oft schonungslose Beschreibung dessen, was ist, könnte ja Basis für eine öffentliche Debatte sein, was besser gemacht werden müsse. Aber er selber zerstört das Fundament, das er legt. Er benennt Probleme, gibt aber keine Lösungsansätze. Er macht Armutsprobleme zu Integrationsproblemen. Er schürt Ängste. Und seine vulgär-darwinistischen, seine biologistischen Scheinanalysen entwerten alles, was er schreibt. Sein Menschenbild ist nicht christlich-human.

Mönchengladbach und die Causa Sarrazin haben etwas gemeinsam: Beide erschweren es den Verantwortungsvollen, die Dinge beim Namen zu nennen und ernsthaft nach Lösungen zu suchen. Sie produzieren Nebel. Und damit wächst die Gefahr, dass wir uns verirren.

Und wo steht nun die Landesregierung in diesem Nebel? Im Koalitionsvertrag ist der Integration *eine einzige* von 89 Seiten gewidmet. 45 Zeilen für ein zentrales Zukunftsthema dieser Gesellschaft! Und dazu ein fatales Zeichen: Die Querschnittsaufgabe Integrationspolitik war fünf Jahre lang an zentraler Stelle mit den anderen Querschnittsaufgaben für die Zukunft der Gesellschaft im Ministerium von Armin Laschet verortet. Diese sinnvolle Zuordnung hat man jetzt zerschlagen und die Integration landet im Ministerium für Arbeit und Soziales. Von der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zum Anhängsel der Themen Arbeitsmarkt und soziale Sicherung. Vom deutschen Bürger mit Zuwanderungsgeschichte hin zum Gastarbeiter der 60er Jahre. Diese Verengung ist fatal!

Und was steht nun drin im Koalitionsvertrag, in den 45 Zeilen? Irgendwo in der Mitte gibt es ein schwächliches Bekenntnis zur interfraktionellen Integrationsoffensive der letzten fünf Jahre. Ansonsten fällt man in alte Sichtweisen zurück: Die Einführung des Ausländerwahlrechts sei das Wichtigste – mit diesem Passus beginnen die 45 Zeilen. Einmal abgesehen von verfassungsrechtlichen Zweifeln – siehe Schleswig-Holstein – sind

Rot und Grün damit bestimmten türkischen Regierungskreisen zu Willen und deren Funktionären hier. Das Ziel, dass wir alle gemeinsam als deutsche Staatsbürger unterschiedlicher Herkunft unser Land weiterentwickeln sollten, dieses Ziel tritt bei Ihnen völlig in den Hintergrund. Es wird abgelöst von einer Klientelpolitik für potenzielle Wähler.

Die ersten Schritte des neuen Ministers und seiner meist unsichtbaren Staatssekretärin waren logischer Weise wenig überzeugend. Zwei Beispiele: 1. In Mönchengladbach haben sie sich weggeduckt. Als dort die Schwierigkeiten begannen, hat meine Mitarbeiterin im Ministerium angefragt. Dürften wir mit einer Stellungnahme des Ministers rechnen? Die Antwort lautete: „Damit hat dieses Ministerium nichts zu tun. Das ist etwas für das Innenministerium und den Verfassungsschutz!“ Was soll man dazu sagen? Am Ende hat es dann mehr als 14 Tage gedauert, ehe der Herr Minister geruhte, sich zu äußern.

Beispiel 2: Als die Medien ihn dann endlich gestellt hatten, nannte er auf die Frage, was man denn tun könne, um in Integrationsdingen voran zu kommen, unter anderem – und da hatte er völlig recht – die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an unseren staatlichen Schulen. Dass es den noch nicht gäbe, sei ein Versäumnis der alten Landesregierung. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist entweder ein schlagender Beweis für die Unkenntnis des neuen Ministers oder ein schlagender Beweis für Perfidie: Jeder, der sich auch nur ein bisschen mit dieser Frage beschäftigt hat, weiß, dass es bestimmte Vertreter der Migrantenorganisationen waren, durch die das Projekt „islamischer Religionsunterricht“ auf der Islamkonferenz in Berlin maßgeblich ins Stocken geraten ist. Ich kann nur hoffen: nicht endgültig!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Integration können wir nur Erfolg haben, wenn wir die Tatsachen ehrlich und leidenschaftslos betrachten. Wenn wir allen Beteiligten die Wahrheit sagen – immer respektvoll, aber auch ohne falsche Rücksichtnahme. Und wir müssen han-

deln – auch da, wo es uns *nicht* leicht fällt. Unsere Feinde sind Angst und Hysterie, sind die Übertreibung – aber auch das Weggucken und Unten-Teppich-Kehren. Wir müssen die Probleme erkennen, benennen und Maßnahmen zur Lösung ergreifen. Wir müssen das sachlich, nüchtern und ohne zu große Emotionalität tun. Und wir werden einen langen Atem brauchen.

Ich fürchte, dass diese Landesregierung die Bedeutung ihrer Aufgabe nicht verstanden hat. Sie behandelt Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unter arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragestellungen. Sie degradiert sie damit und sieht offenbar nicht, dass es sich bei ihnen um einen aktiven Teil unserer interkulturellen Gesellschaft handelt. Sie weicht den Problemen aus und redet Funktionären nach dem Mund. Die Minderheitsregierung gibt sich alle Mühe, dem Vorwurf des Spiegels Recht zu geben. Wir müssen uns Sorgen machen!

Ich danke Ihnen.